

# PARLAMENTSTICKER

AUS DEM LANDTAG | 15. JUNI 2022



## GÜNGÖR ZUR ÜBERGEWINNSTEUER: „DAS IST KEINE STRAFE, DAS IST SOLIDARITÄT!“

**„Eine Frage der Gerechtigkeit“: Das war der Titel einer Aktuellen Stunde, die die rot-grün-rote Koalition heute auf Initiative der SPD-Fraktion auf die Tagesordnung des Landtags gesetzt hatte. Und der zweite Teil des Titels machte auch deutlich, wie diese Gerechtigkeit erreicht werden soll: „Übergewinnsteuer einführen – Verbraucher:innen entlasten“. „Für uns gilt, dass starke Schultern mehr tragen müssen“, sagte der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Mustafa Güngör, in seiner Rede. „Wer in diesen Zeiten leistungslos mehr Profite macht und dabei die Notlage anderer ausnutzt, der muss überproportional mehr abgeben als diejenigen, die gerade so über die Runden kommen. Das ist keine Strafe, das ist Solidarität und Gerechtigkeit!“**



Mustafa Güngör

Erst die Coronapandemie, dann der Krieg in der Ukraine, daneben der Chipmangel in der Industrie und die Störung der globalen Lieferketten durch die Havarie im Suezkanal: Seit zwei Jahren befindet sich Deutschland in einem permanenten Ausnahmezustand, führte der Sozialdemokrat aus. „Und dieser Ausnahmezustand kostet Milliarden. Finanzhilfen für die Wirtschaft, Kurzarbeitergeld, Impfkampagnen, Ausstattung der Bundeswehr, Finanzhilfen für die Ukraine, die Unterbringung von

Geflüchteten, um nur einige Beispiele zu nennen. Und in dieser angespannten Situation galoppiert uns jetzt auch noch die Inflation davon. Die Energiepreise schießen in die Höhe: Heizung, Strom, Lebensmittel, der Weg mit dem Auto zur Arbeit – alles wird besonders für Empfänger:innen von Sozialleistungen und untere Einkommensgruppen wortwörtlich unbezahlbar. Insbesondere auch kleine und mittelständische Unternehmen, egal ob Landwirt, Abschleppdienst oder Handwerker, ächzen unter den gestiegenen Rohstoff- und Energiepreisen.“

Die Bundesregierung habe daher schnell reagiert, etwa mit einer Senkung der Energiesteuer, Energiepreispauschale, Kinderbonus, 9-Euro-Ticket, Wegfall der Erneuerbare-Energien-Umlage und vielem mehr. „Und es ist dem Einen oder der Anderen vielleicht gar nicht so bewusst, aber auch das Land Bremen trägt dieses Entlastungspaket mit und muss tief in die Tasche greifen. Allein die Energiepreispauschale kostet uns in diesem Jahr voraussichtlich knapp 60 Millionen Euro“, so Güngör.

Güngör weiter: „Wir müssen uns doch die Frage stellen: Woher sollen die Milliarden kommen, die wir so dringend benötigen? Es ist die SPD, die hierauf Antworten liefert. Wir fordern schon seit Langem die Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Und jetzt, um in dieser herausfordernden Zeit handlungsfähig zu bleiben, da fordert der Senat, da fordert unser Bürgermeister Andreas Bovenschulte eine Übergewinnsteuer – und zwar zu Recht. Denn das heißt: Gewinne über dem Normalgewinn werden höher besteuert. Wer in dieser Krise mehr Gewinne erzielt als zuvor, der wird besonders belastet. Und das ist übrigens keine neue Idee. In den urkapitalistischen USA gab es beispielsweise in beiden Weltkriegen eine Excess-Profits-Tax auf Gewinne, die durch den Krieg erwirtschaftet wurden. Besondere Zeiten erfordern besondere Maßnahmen.“

Dabei gehe es nicht um jedes Unternehmen, das in diesen Zeiten höhere Gewinne erziele, betonte Güngör. Es gehe nicht um Firmen wie BioNTech, die mit Innovationen Nachfrage bedienten und somit auch ihren Gewinn massiv steigerten. Es gehe nicht einmal um Branchen wie den Online-Handel, die von Trends und gesellschaftlichem Wandel profitierten. „Es geht uns hier in erster Linie um die Branchen und Unternehmen, die sich ganz offensichtlich an den Krisen dieser Zeit bereichern – teilweise schamlos bereichern.



Und es ist kein Geheimnis, dass uns allen dabei zuerst Namen wie Shell oder Exxon Mobil einfallen. Wenn sich die Preise für Rohöl und den Sprit an der Tankstelle so offensichtlich entkoppeln, dann muss der Staat reagieren.“

Die Bundesregierung reagiere bereits auf darauf, erklärte Güngör. „Die geplanten Kartellrechtsverschärfungen sind der richtige Weg, um das, was gerade an den Tankstellen passiert, zu unterbinden. Aber auch eine Verschärfung des Kartellrechts bietet keine ausreichende Antwort auf den gewaltigen Finanzierungsbedarf dieser Krise.“ Auch andere Staaten seien gerade dabei, eine Übergewinnsteuer einzuführen oder hätten dieses sogar schon getan, hob Güngör hervor – und ging auch darauf ein, dass rechtliche Bedenken gegen die Steuer formuliert wurden. Natürlich müsse dies rechtlich geprüft werden. Und generell sei kein Gesetz davor gefeit, vor Gericht infrage gestellt zu werden. Güngör: „Das kann uns aber doch nicht daran hindern, das politisch Richtige zu tun. Das kann uns doch nicht daran hindern, das fiskalisch Notwendige zu tun. Wenn eine Übergewinnsteuer kommt, dann wird es Klagen geben. Da bin ich mir sicher. Aber ich bin mir genauso sicher, dass ein gut ausgearbeitetes Gesetz zur Übergewinnsteuer vor Gericht Bestand hat.“

„Es geht bei der Übergewinnsteuer nicht darum, Erfolg abzustrafen“, betonte Güngör. „Es geht nicht um Neid. Wir sind nicht die Feinde der Wirtschaft. Aber für uns gilt immer noch, dass starke Schultern mehr tragen müssen. Und wer in diesen Zeiten leistungslos mehr Profite macht und dabei die Notlage anderer ausnutzt, der muss überproportional mehr abgeben als diejenigen, die gerade so über die Runden kommen. Das ist keine Strafe – das ist Solidarität! Nur so funktioniert eine Gesellschaft!“

Und dies sei im Übrigen auch Teil der sozialen Marktwirtschaft, die die CDU immer gerne für sich reklamieren – die gleiche CDU, die den Vorstoß für eine Übergewinnsteuer in Bremen abgelehnt hatte, wie Güngör scharf kritisierte. „Immer nur laut ‚Schuldenbremse‘ schreien und gleichzeitig alle konstruktiven Finanzierungsvorschläge ablehnen – das ist mir zu dünn“, sagte er und bemängelte, dass es auch keine eigenen Vorschläge aus den Reihen der CDU gegeben habe. Güngör: „Diese Fundamentalopposition in einer so essenziellen Frage ist einfach unzureichend und unverantwortlich!“



## GESETZ **BÜRGERSCHAFT VERSCHÄRFT** REGELN FÜR GLÜCKSSPIEL

**Die Bürgerschaft hat heute Vorschriften für Spielhallen und Wettbüros verschärft. Damit soll eine Konzentration dieser Einrichtungen in bestimmten Stadtteilen oder Straßenzügen effektiver bekämpft und die Spielsuchtprävention verbessert werden. „Dieses Gesetz kann viel bewirken: Es bewahrt Menschen vor der Schuldenfalle, es rettet Ehen und Partnerschaften und es verhindert, dass Familien und Existenzen zerstört werden“, betonte der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Mustafa Güngör, in seiner Rede. „Ja, es wird auch weiter Glücksspiel in Bremen und Bremerhaven geben, und es wird auch weiter Spielsüchtige geben. Aber wir als Parlament nehmen mit diesem Gesetz unsere Verantwortung wahr, die Spielsucht im Land Bremen einzudämmen.“**

„Die Fußballtipprunde im Freundeskreis, der Lottoschein am Samstag, das Jahreslos der Aktion Mensch – Glücksspiel bereitet vielen Menschen Freude und ist Teil unseres Lebens. Aber wie das berühmte Feierabendbier schnell zu Alkoholabhängigkeit führen kann, so kann auch Glücksspiel leider sehr schnell zur Sucht werden“, führte Güngör aus – und nannte als Beispiel einen Fall, über den das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ vor einiger Zeit beispielhaft berichtet hatte. In dem Bericht ging es um einen wohlhabenden jungen Mann, der sich regelmäßig mit seinen Freunden zum Pokern traf und sich, wenn diese sich verspäteten, aus Langeweile an einen Spielautomaten setzte. Die Pokerrunde löste sich auf, er spielte weiter am Automaten. Er verschuldete sich, verkaufte alles von Wert – und hatte in eineinhalb Jahren 150.000 Euro verspielt, sich in einem Lügenkonstrukt verstrickt, um seine Sucht und seine Schulden zu verheimlichen, und seine Beziehung zerstört.

„Seine Existenz lag in Trümmern“, sagte Güngör, „und dieses Schicksal ist nur eines von vielen. Es wird geschätzt, dass allein im Land Bremen weit über 10.000 Menschen glücksspielsüchtig sind und weitere 26.000 Menschen ein riskantes Spielverhalten aufweisen.“ Bestenfalls landeten die Betroffenen in Beratungsstellen wie dem AWO Suchtberatungszentrum Bremerhaven, der Ambulanten Suchthilfe Bremen oder bei einer der Schuldnerberatungsstellen. „Aber wenn Beratung nötig wird, ist das Kind schon in den Brunnen gefallen. Wir als

Gesetzgeber haben daher die Aufgabe und die Pflicht, die Bürgerinnen und Bürger vor einer Spielsucht präventiv zu schützen. Wir haben die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass Väter und Mütter nicht ihr ganzes Hab und Gut in Spielhallen verzocken. Dass junge Männer nicht ihre Verwandten anlügen, um sich für die nächste Sportwette Geld zu leihen, das sie niemals zurückzahlen können. Es ist unsere Aufgabe zu verhindern, dass Familien zerbrechen, weil die Sucht alles zerstört!“, so der Sozialdemokrat.

Man wisse genug über das Glücksspiel, um zielgenau handeln zu können, führte Güngör aus. So sei bekannt, dass Menschen, die Geld- und Glücksspielautomaten nutzen, pokerten oder Sport-Live-Wetten abschlossen, deutlich öfter von einer Glücksspielstörung betroffen seien als Menschen, die Lotto spielen oder Rubbellose kauften. Auch die Risikofaktoren seien bekannt. Spielsucht treffe überdurchschnittlich oft junge Männer, häufig mit niedrigem Einkommen und auffallend oft mit Migrationshintergrund.

Diese jungen Männer mit Migrationsgeschichte und geringem Einkommen lebten zum Beispiel in Bremerhaven-Lehe, in Gröpingen, Hemelingen oder Blumenthal. Güngör: „Da wundert es mich überhaupt nicht, dass mir in diesen Stadtteilen gefühlt an jeder Straßenecke eine Spielhalle oder ein Wettbüro ins Auge springt, während in anderen, eher wohlhabenden Teilen von Bremen und Bremerhaven offensichtlich Anbieterflaute herrscht. Die Wettanbieter

und Spielhallenbetreiber wissen ganz genau, wo ihre Zielgruppe lebt und wo sich das schnelle Geld machen lässt, nämlich in den benachteiligten Quartieren mit hoher Arbeitslosen- und Armutsquote und einem hohen Bevölkerungsanteil mit Zuwanderungsgeschichte.“

„Deshalb ist es wichtig und richtig, dass die Vorschriften zum Glücksspiel deutlich verschärft werden“, betonte Güngör. Das heute verabschiedete Gesetz gehe die Probleme zielgerichtet an, etwa, indem es durch verschärfte Abstandsregelungen keine Konzentration von Wettbüros und Spielhallen mehr in einzelnen Stadtteilen gebe, junge Erwachsene bis zum 21. Lebensjahr vor diesen Einrichtungen schütze und durch das Verbot des Verzehrs von Speisen und Getränken dafür Sorge, dass die Spielhallen ihre Funktion als sozialer Treffpunkt im Stadtteil verlören.

„Die Argumente gegen ein solches Gesetz sind dabei nicht stichhaltig“, machte Güngör abschließend deutlich. „Klar ist: Es werden durch dieses Gesetz Spielhallen und Wettbüros schließen. Menschen werden ihre Arbeitsplätze verlieren und die Steuereinnahmen aus dem Glücksspiel werden etwas zurückgehen. Aber was ist das für ein Argument? Es geht hier um eine Abwägung von Interessen. Und die einzig moralisch richtige Entscheidung ist es, der Suchtprävention Vorrang zu geben. Sucht führt zu Armut, die sehr schwer aufgefangen werden kann. Die wollen wir bekämpfen!“

## GESETZ **MINDESTLOHN ORIENTIERT SICH AN TARIF FÜR ÖFFENTLICHEN DIENST**

Der Landesmindestlohn wird in Bremen künftig an den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes der Länder (TV-L) gekoppelt und entspricht dessen Eingangsentgelt. Das hat die Bürgerschaft heute beschlossen. Für die Empfänger:innen hat dies zum 1. Dezember positive Auswirkungen: Dann steigt der Landesmindestlohn auf 12,29 Euro.

„Wir brauchen Normen für fairen Handel und gerechte Arbeitsbedingungen. Die Ausweitung des Niedriglohnsektors und die zunehmenden prekären Beschäftigungsverhältnisse werden zu einer explodierenden Altersarmut führen“, erklärte die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Jasmina Heritani,



Jasmina Heritani

Jasmina Heritani, am Rande der Bürgerschaft. „Für uns als SPD hat die Tarifbindung oberste Priorität. Es geht aber eben auch um einen guten Mindestlohn, der allen Menschen, die hier in Bremen arbeiten, zusteht, damit Lohndumping endlich Einhalt geboten wird. Der Mindestlohn ist das einzige Instrument, mit dem wir Menschen, die nicht in tarifgebunden Stellen arbeiten, schützen können.“

Drei Punkte hob Heritani dabei besonders hervor. Zum einen, dass Menschen, die in Vollzeit arbeiten, davon auch leben können. Bremen habe hier im Jahr 2012 ein deutliches Zeichen gesetzt und sei mit der Einführung des Landesmindestlohns zum Vorreiter in Deutschland geworden. Ein weiterer positiver Effekt des einheitlichen Mindestlohns könne sein, dass er die ungleiche Bezahlung von Männern und Frauen verringern helfen könne. Sie sei daher froh, dass der bundesweite Mindestlohn ab dem 1. Oktober auf 12 Euro steige. Im Geltungsbereich des Lan-

desmindestlohns werde dieser ab dem 1. Dezember sogar 12,29 Euro betragen. Als zweiten Punkt nannte Heritani, dass der Mindestlohn regelmäßig angepasst werden müsse. Und schließlich solle dieser neben der Existenzsicherung in der Erwerbsphase schrittweise auch die Existenz im Alter sichern.

Daher begrüßte Heritani, dass das Parlament mit seinem heutigen Beschluss nun die Angleichung des Mindestlohns an das Eingangsentgelt des TV-L beschlossen hat. Anpassungen des Mindestlohns vollziehen sich in der Folge automatisch – eben angelehnt an das Tarifwerk.

„Das ist ein guter und richtiger Schritt“, so die Sozialdemokratin. „Damit sind wir in Bremen dem Bund wieder einen Schritt voraus. Das ist eine klare Haltung zu mehr Tariforientierung. Nur faire Löhne schützen vor Armut – und Armut trotz Arbeit darf es nicht mehr geben. Das ist und bleibt unser gemeinsames Ziel.“

## ANFRAGE **DEBATTE ÜBER LAGE DER BESCHÄFTIGTEN IM LAND BREMEN**

„Zur aktuellen Beschäftigungssituation und Lage der Beschäftigten im Lande Bremen“ hatte die SPD-Fraktion eine Große Anfrage an den Senat gerichtet. Heute nun wurde die Antwort der Regierung in der Bürgerschaft debattiert.

„Es zeigt sich deutlich an den Zahlen, dass die Pandemie die Situation von Beschäftigten in Bremen und Bremerhaven in Mitleidenschaft gezogen hat“, erklärte die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Jasmina Heritani, am Rande der Bürgerschaftssitzung und ergänzte: „Dank gezielter Politikmaßnahmen und besonderen Einsatzes des Senats konnten wir aber mittlerweile nahezu den Vor-Corona-Status erreichen.“

Auffällig sei, das zeigten die Antworten des Senats, dass Menschen, die nicht qualifiziert seien, in der Krise als erstes entlassen würden. Heritani: „Das sagt uns nochmals: Menschen müssen berufsbegleitend qualifiziert werden, damit sie dann aus dem Teufelskreis ausbrechen können. Sie werden dann besser bezahlt, sind Fachkräfte und sind sicherer in ihrem Job und nicht länger als Helferinnen und Helfer auch noch über Personaldienstleister eingestellt. Unternehmen brauchen Fachkräfte – und sie sind dann diese Fachkräfte und werden mit guten Arbeitsbedingungen eingestellt.“ Eine wichtige Rolle spiele in diesem Kontext auch die Qualifizierung von Migrant:innen und die Anerkennung ausländischer Abschlüsse. „Wenn wir Menschen gesellschaftliche Teilhabe

ermöglichen wollen, müssen wir auch einen verbesserten Arbeitsmarktzugang für Migrant:innen ermöglichen. Zudem können dadurch dringend benötigte neue Fachkräfte gewonnen werden. Dafür ist neben der Sprachförderung die Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen von wesentlicher Bedeutung“, sagte Heritani.

Besonderen Nachholbedarf sah die Sozialdemokratin bei der Verbesserung des Zugangs von geflüchteten Frauen zum Arbeitsmarkt. „Die Beteiligung von geflüchteten Frauen muss weiter erhöht werden, und wir brauchen zusätzliche zielorientierte Angebote“, forderte sie. „Der Senat muss dafür zusätzliche Angebote schaffen, denn wenn wir die Mütter integriert haben, integrieren wir auch die Kinder.“